

Konjunkturbericht

Wiesbaden, Rheingau-Taunus-Kreis, Hochheim am Main
Herbst 2026



Regionale Wirtschaft erholt sich leicht, Aufschwung bleibt aus.

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen im Bezirk der IHK Wiesbaden hat sich im Herbst 2026 leicht aufgehellt. In der Befragung vom Frühsommer lag der Geschäftsklimaindex bei sehr schwachen 87 Punkten. Der Geschäftsklimaindex steigt in der Herbstbefragung 2026 auf 98 Punkte. Gegenüber dem Jahresbeginn 2026 (96 Punkte) ist dies jedoch eine minimale Steigerung. Auch in der Befragung von vor einem Jahr war der Wert mit 100 Punkten stärker. Damit wiederholt sich das Muster des Vorjahres, als ebenfalls im Herbst der höchste Geschäftsklimawert des Jahres erreicht wurde.

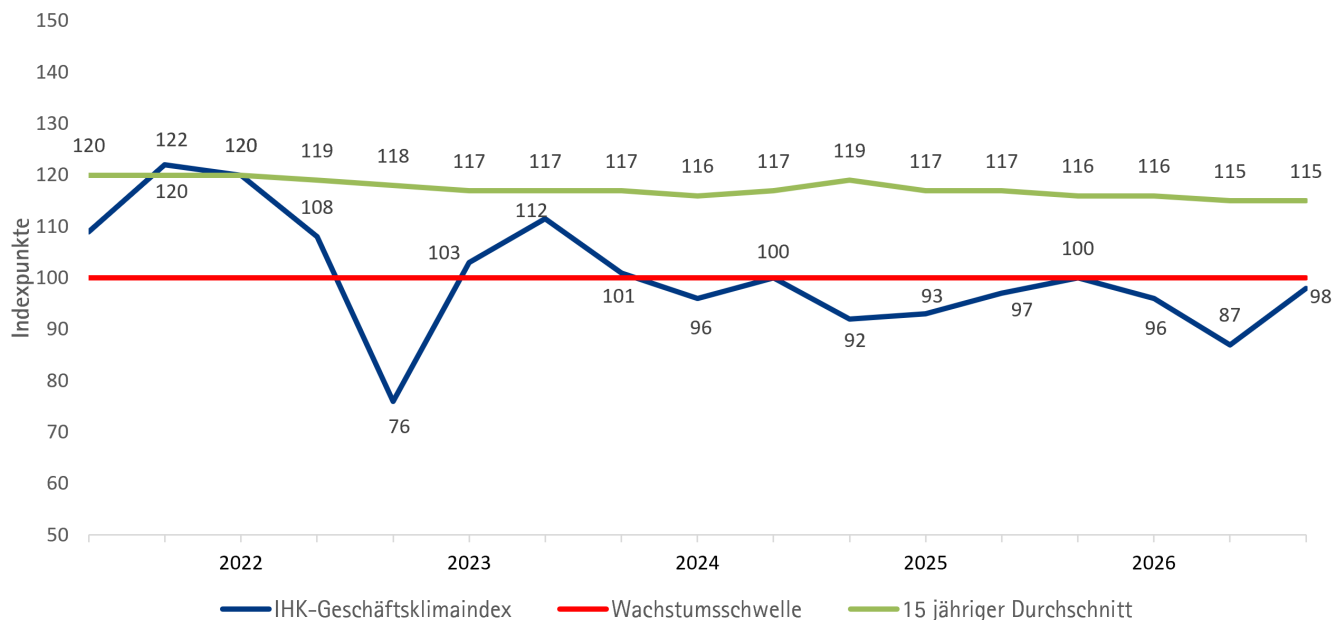
Die Ergebnisse der Befragung vom 15. September bis 1. Oktober 2026 zeigen weiterhin keine Trendwende. Besonders kritisch ist, dass die Unternehmen bereits seit mehreren Jahren keinen nachhaltigen Aufschwung erleben. Seit Mitte 2022 wurde in keiner Umfrage ein Geschäftsklimawert von mehr als 108 Punkten erreicht. Der Durchschnitt der vergangenen vier Jahre liegt bei lediglich 97 Punkten. Der aktuelle Wert von 98 Punkten reiht sich damit in eine länger anhaltende Schwächephase ein und kann trotz der leichten Verbesserung gegenüber dem Frühsommer nicht als Zeichen eines nachhaltigen Aufschwungs gewertet werden.

Die Stimmung in den Betrieben bleibt von Unsicherheit und Zurückhaltung geprägt. Geopolitische Spannungen, die Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine sowie handelspolitische Unsicherheiten belasten die wirtschaftlichen Perspektiven. Gleichzeitig bleiben Investitionen und Nachfrage vielerorts schwach.

Im Landesvergleich liegt die Region mit 98 Punkten zwar wieder über dem hessischen Durchschnitt von 94 Punkten, von einer komfortablen Sonderstellung kann jedoch keine Rede sein. Hohe Kostenbelastungen, Fachkräfteengpässe, geringe Wachstumsimpulse und anhaltende Unsicherheiten treffen die Unternehmen in der Region ebenso wie im übrigen Hessen.

Auch die Freitextrückmeldungen zeigen deutlichen Handlungsdruck. Bürokratie, hohe Steuer-, Energie- und Arbeitskosten sowie fehlende politische Verlässlichkeit werden zunehmend als Standortnachteile wahrgenommen. Viele Unternehmen beklagen Reformstau und mangelnde Planungssicherheit. Beides hemmt Investitionen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts.

IHK-Geschäftsklimaindex für Wiesbaden, Rheingau-Taunus, Hochheim



Leichte Erholung bei weiterhin angespannter Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage im IHK Bezirk Wiesbaden verbessert sich im Herbst 2026. Der Saldo der aktuellen Geschäftslage springt auf 5 Punkte. Gegenüber der Befragung zum Frühsommer (-4 Punkte) markiert dies eine leichte Erholung.

Die Rückmeldungen der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage fallen jedoch überwiegend ernüchternd aus: Nur 29 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Lage als gut (+5 im Vergleich zur letzten Befragung), während 24 Prozent von einer schlechten Geschäftslage berichten (-4). Der Anteil neutraler Einschätzungen geht auf 48 Prozent zurück (-1).

Ein Blick auf die Branchen zeigt, dass die Branchen weiterhin stark zu kämpfen haben.

Industrie: Die Lage der Industrie bleibt angespannt. Der Saldo steigt zwar auf -7 Punkte (+11), verharrt jedoch weiterhin im negativen Bereich. Eine breite und dauerhaft tragfähige Erholung zeichnet sich bislang noch nicht ab. Aktuell bewerten 19 Prozent (+4) der Unternehmen ihre Lage als gut, 55 Prozent (+3) als befriedigend und 26 Prozent (-7) als schlecht. Die Industrie steht damit weiterhin unter Druck.

Dienstleistungen: Der Dienstleistungssektor zeigt sich wieder stabiler. Der Saldo steigt auf 16 Punkte (+10). Aktuell bewerten 35 Prozent (+6) der Unternehmen

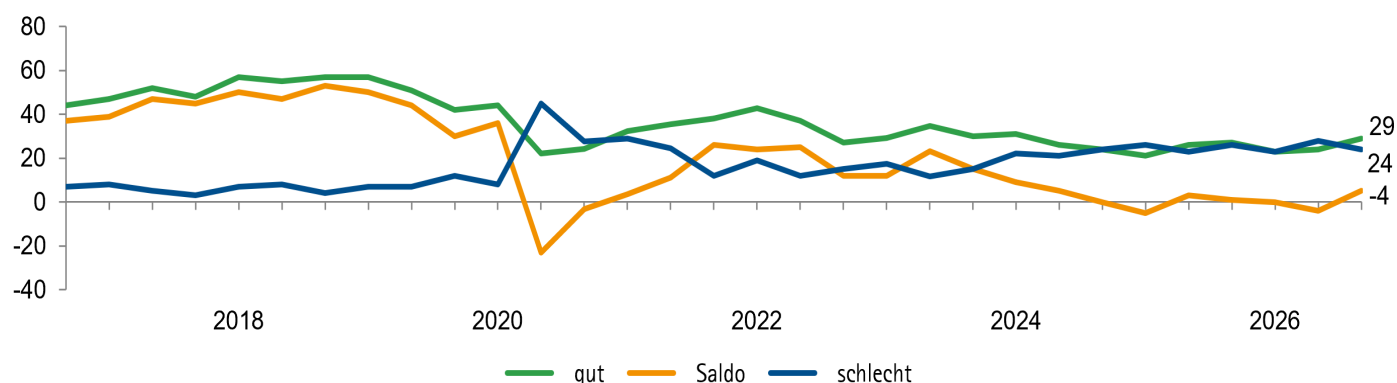
ihre Geschäftslage als gut, 46 Prozent (-2) als befriedigend und 19 Prozent (-4) als schlecht. Die Dienstleister bleiben damit eine wichtige Stütze der regionalen Wirtschaft.

Einzelhandel: Die Lage im Einzelhandel bleibt schwierig. Der Saldo sinkt auf -19 Punkte (-4) und verharrt damit als Schlusslicht. Aktuell bewerten 19 Prozent (+5) der Händler ihre Geschäftslage als gut, 43 Prozent (-14) als befriedigend und 38 Prozent (+9) als schlecht. Der deutliche Anstieg der negativen Lageurteile unterstreicht die anhaltenden Herausforderungen im Einzelhandel.

Großhandel: Die Lage im Großhandel verbessert sich deutlich. Der Saldo steigt auf -4 Punkte (+19), bleibt damit jedoch weiterhin im negativen Bereich. Aktuell bewerten 21 Prozent (-2) der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, 54 Prozent (+23) als befriedigend und 25 Prozent (-21) als schlecht. Die Abnahme der negativen Lageurteile spricht für eine leichte Stabilisierung der Branche.

Trotz einer leichten Verbesserung der aktuellen Geschäftslage bleibt die wirtschaftliche Situation im IHK-Bezirk Wiesbaden insgesamt angespannt. Die regionale Wirtschaft bewegt sich weiterhin auf niedrigem Niveau und bleibt mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert.

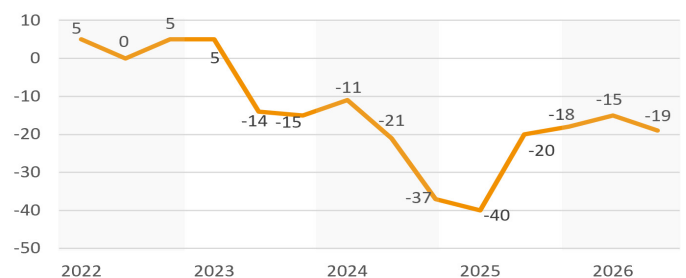
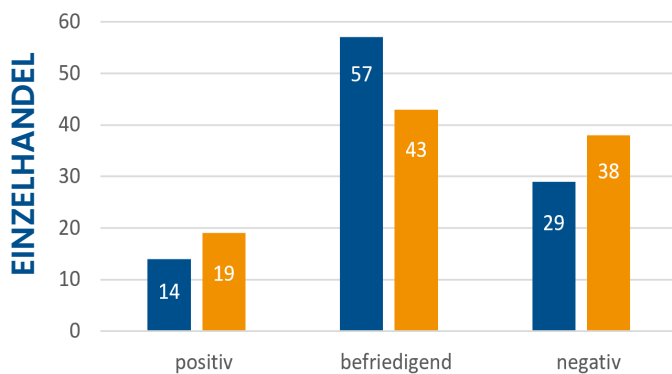
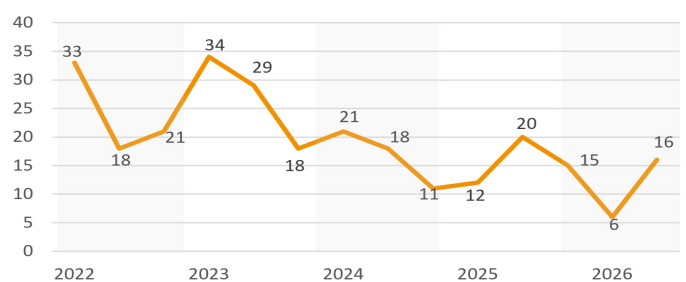
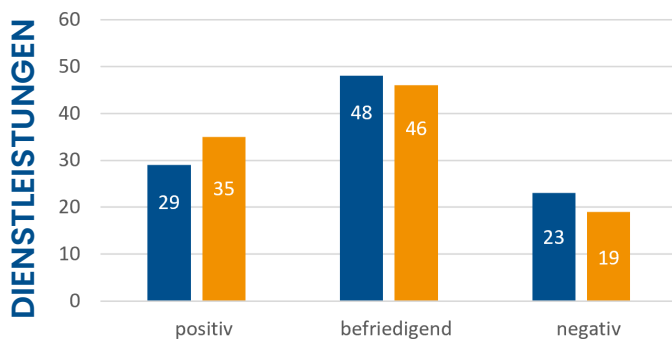
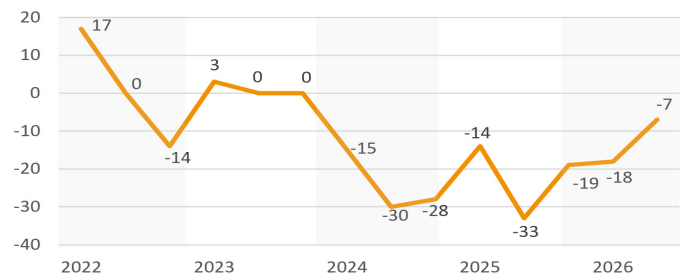
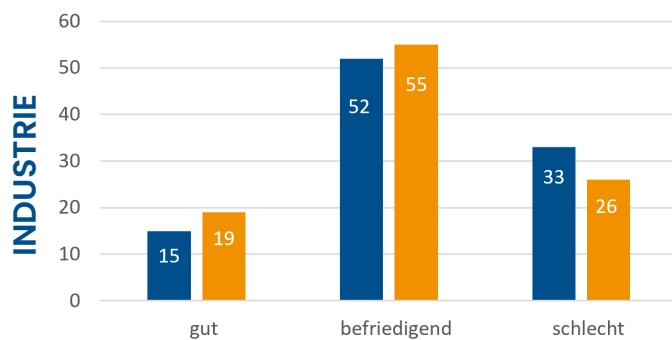
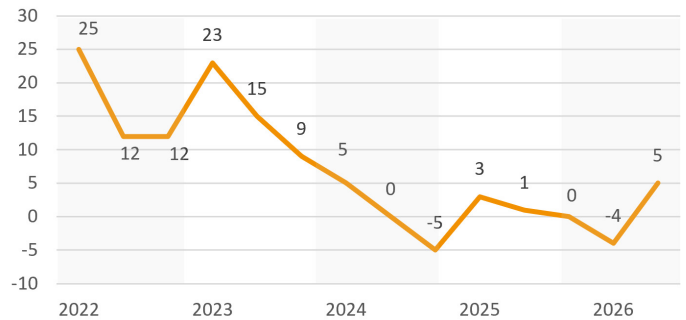
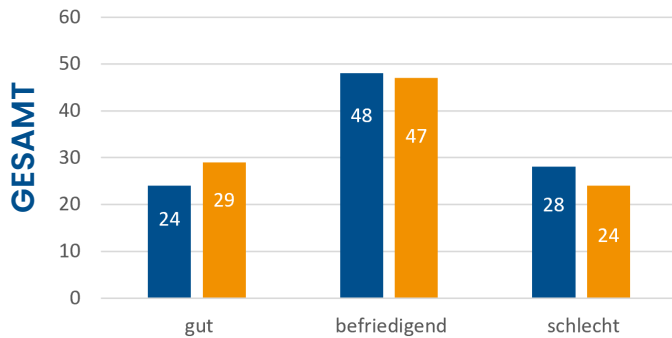
Geschäftslage



Geschäftslage nach Branchen

in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent sind
Rundungen geschuldet

Zeitreihe: Saldo zwischen gut und schlecht



■ 2/26 ■ 3/26

Erwartungen hellen sich auf, Skepsis bleibt

Die Erwartungen der Unternehmen hellen sich auf. Der Erwartungssaldo steigt auf -9 Punkte (+12). Aktuell rechnen 20 Prozent (+8) der Unternehmen mit einer günstigeren Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten, 51 Prozent (-4) erwarten eine gleichbleibende Entwicklung und 29 Prozent (-4) eine Verschlechterung. Die Skepsis nimmt damit ab, die wirtschaftlichen Aussichten bleiben jedoch von Unsicherheit und Zurückhaltung geprägt.

Auch in den einzelnen Branchen ist eine Entspannung zu erkennen.

Industrie: Die Geschäftserwartungen hellen sich deutlich auf. Der Erwartungssaldo steigt auf -10 Punkte (+42), die ausgeprägte Verunsicherung lässt nach. Aktuell rechnen 19 Prozent (+10) mit einer günstigeren Entwicklung, 52 Prozent (+22) mit einer gleichbleibenden Entwicklung und 29 Prozent (-32) mit einer Verschlechterung.

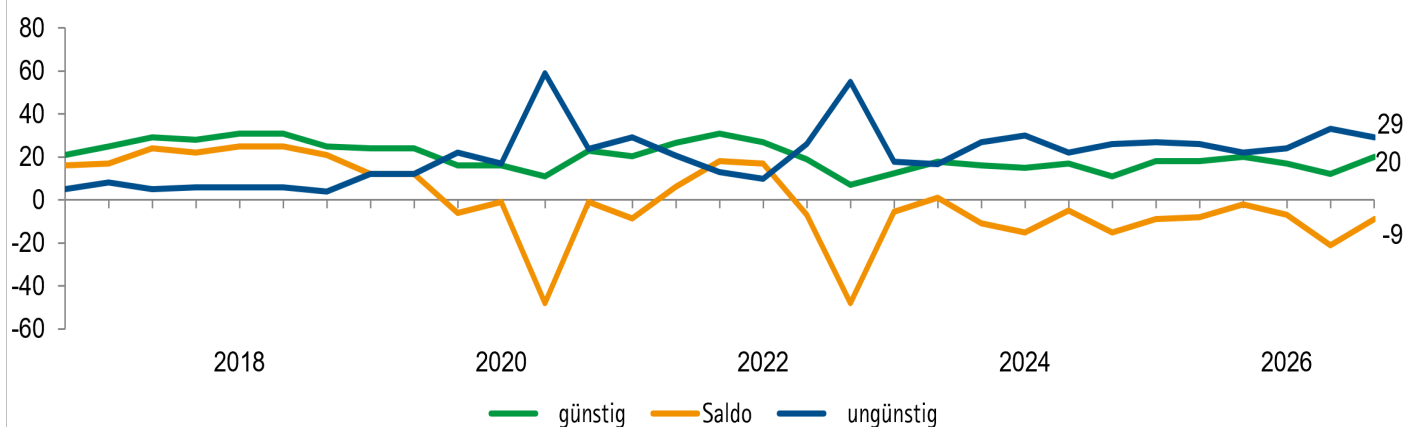
Dienstleistungen: Die Geschäftserwartungen verbessern sich. Der Erwartungssaldo steigt auf -3 Punkte (+9). Aktuell rechnen 22 Prozent (+9) mit einer günstigeren Entwicklung, 53 Prozent (-9) mit einer gleichbleibenden Entwicklung und 25 Prozent (+0) mit einer Verschlechterung. Trotz der Aufhellung bleibt die Stimmung verhalten.

Einzelhandel: Die Geschäftserwartungen verbessern sich leicht. Der Erwartungssaldo steigt auf -23 Punkte (+11). Aktuell rechnen 13 Prozent (+4) der Händler mit einer Verbesserung, 51 Prozent (+3) mit einer gleichbleibenden Entwicklung und 36 Prozent (-7) mit einer Verschlechterung. Damit erwartet weiterhin mehr als ein Drittel eine negative Geschäftsentwicklung, ein Alarmzeichen auch für unsere Innenstädte.

Großhandel: Die Geschäftserwartungen verbessern sich. Der Erwartungssaldo steigt auf -21 Punkte (+22), die Aussichten bleiben jedoch eingetrübt. Aktuell rechnen 18 Prozent (+3) mit einer günstigeren Entwicklung, 43 Prozent (+16) mit einer gleichbleibenden Entwicklung und 39 Prozent (-19) mit einer Verschlechterung. Die Sorge vor einer weiteren Verschlechterung überwiegt damit weiterhin deutlich.

Insgesamt haben sich die Erwartungen über alle Branchen hinweg aufgehellt. Dennoch bleiben sämtliche Erwartungssalden negativ. Die Sorge vor einer weiteren Verschlechterung nimmt ab, eine echte Trendwende oder breiter Optimismus sind jedoch nicht erkennbar. Die Unternehmen blicken weiterhin vorsichtig auf die kommenden Monate.

Geschäftserwartungen

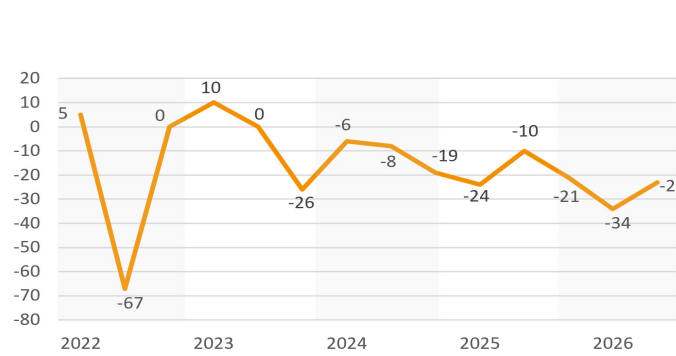
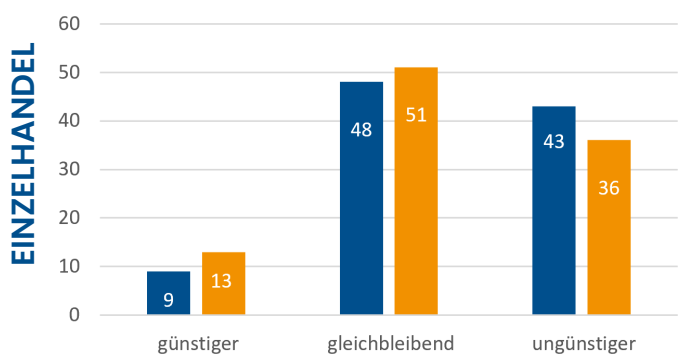
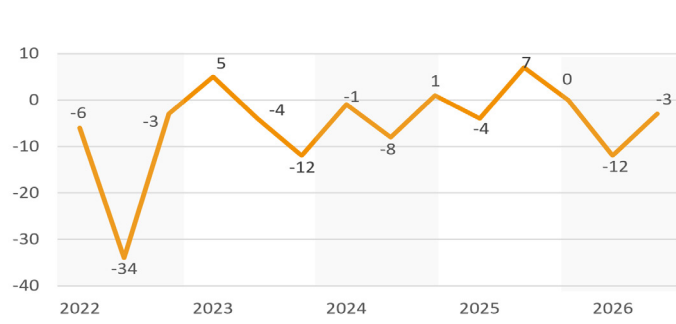
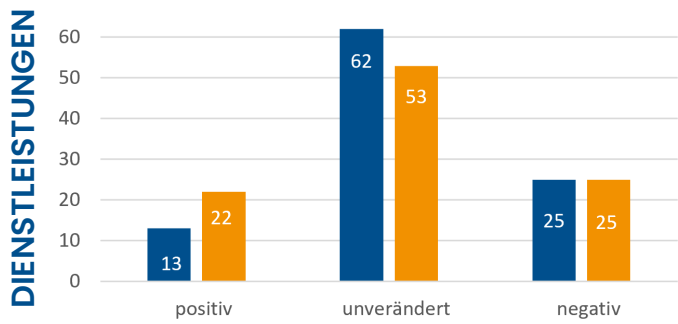
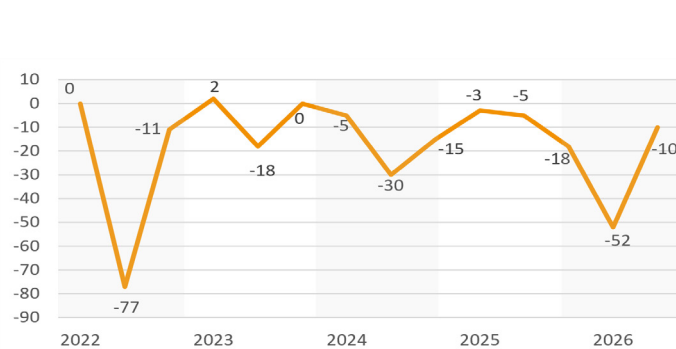
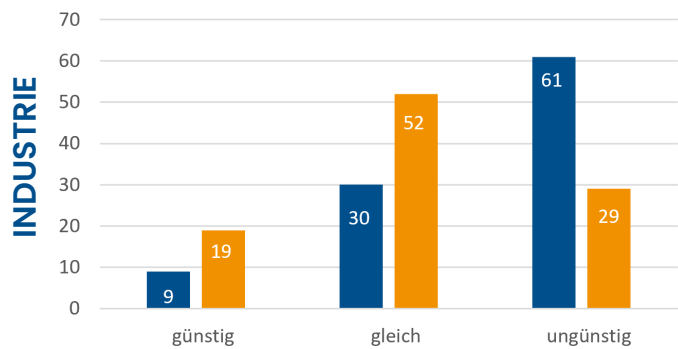
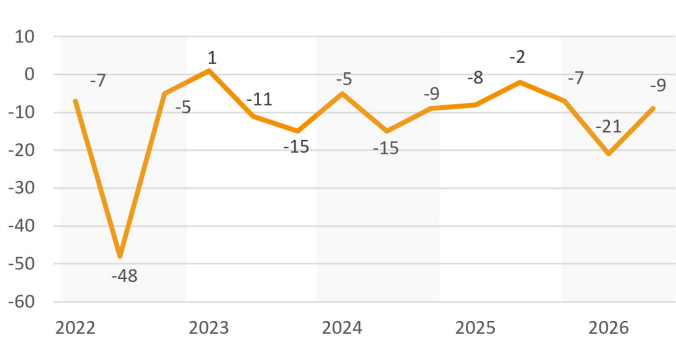
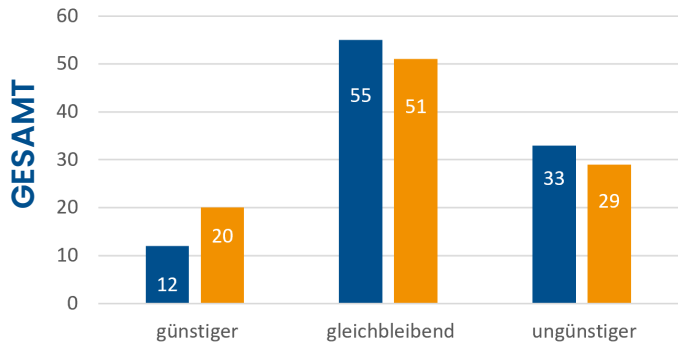




Geschäftserwartungen nach Branchen

in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent sind Rundungen geschuldet

Zeitreihe: Saldo zwischen günstiger und ungünstiger



Geschäftsklima erholt sich vom Frühsommer-Tief

Geschäftsklimaindex

Das Geschäftsklima verbessert sich deutlich und steigt auf 98 Punkte (+11). Damit rückt die Wachstumsschwelle von 100 Punkten wieder näher. Allerdings überschreiten bislang nur die Dienstleister diese Marke. Die konjunkturelle Lage bleibt damit angespannt.

Industrie: Die Stimmung in der Industrie hat sich deutlich verbessert. Der Geschäftsklimaindex steigt auf 92 Punkte und liegt damit über dem Niveau des Frühsommers (80 Punkte), des Jahresbeginns (81 Punkte) und des Herbsts 2025 (80 Punkte). Trotz des deutlichen Anstiegs bleibt die Industrie jedoch unter der Wachstumsschwelle von 100 Punkten.

Dienstleistungen: Der Dienstleistungssektor hat seine Rolle als Stabilitätsanker zurückgewonnen. Der Geschäftsklimaindex steigt auf 106 Punkte und liegt damit über dem Niveau des Frühsommers 2026 (96 Punkte). Das Niveau des Herbsts 2025 (114 Punkte) und des Jahresbeginns 2026 (107 Punkte) wird jedoch noch nicht wieder erreicht.

Einzelhandel: Die Stimmung im Einzelhandel verbessert sich leicht. Der Geschäftsklimaindex steigt auf 79 Punkte (zuvor 75 Punkte). Im Vergleich zum Herbst 2025 (85 Punkte) und zum Jahresbeginn 2026 (81 Punkte) bleibt die Branche jedoch weiterhin deutlich zurück. Der Einzelhandel ist die schwächste Branche in unserer Befragung.

Großhandel: Die Stimmung im Großhandel hat sich deutlich verbessert. Der Geschäftsklimaindex steigt auf 87 Punkte (zuvor 67 Punkte). Dennoch bleibt die Branche hinter dem Herbst 2025 (93 Punkte) und dem Jahresbeginn 2026 (95 Punkte) zurück und weiterhin unter der Wachstumsschwelle.

Insgesamt zeigt sich eine Erholung gegenüber dem Frühsommer. Von einer breit getragenen konjunkturellen Erholung kann angesichts von drei Branchen unter

halb der Wachstumsschwelle jedoch noch keine Rede sein.

KI wird zum Qualifizierungsthema

Künstliche Intelligenz gewinnt in der Wirtschaft zunehmend an Bedeutung und hält in immer mehr Unternehmensbereichen Einzug. Ob in Verwaltung, Produktion, Kundenservice oder Datenanalyse: KI-Anwendungen verändern bereits heute Arbeitsabläufe und Geschäftsprozesse. Vor diesem Hintergrund wurde gefragt, wie die Unternehmen die Auswirkungen von KI auf Beschäftigung, Qualifikationsanforderungen und Tätigkeitsprofile einschätzen.

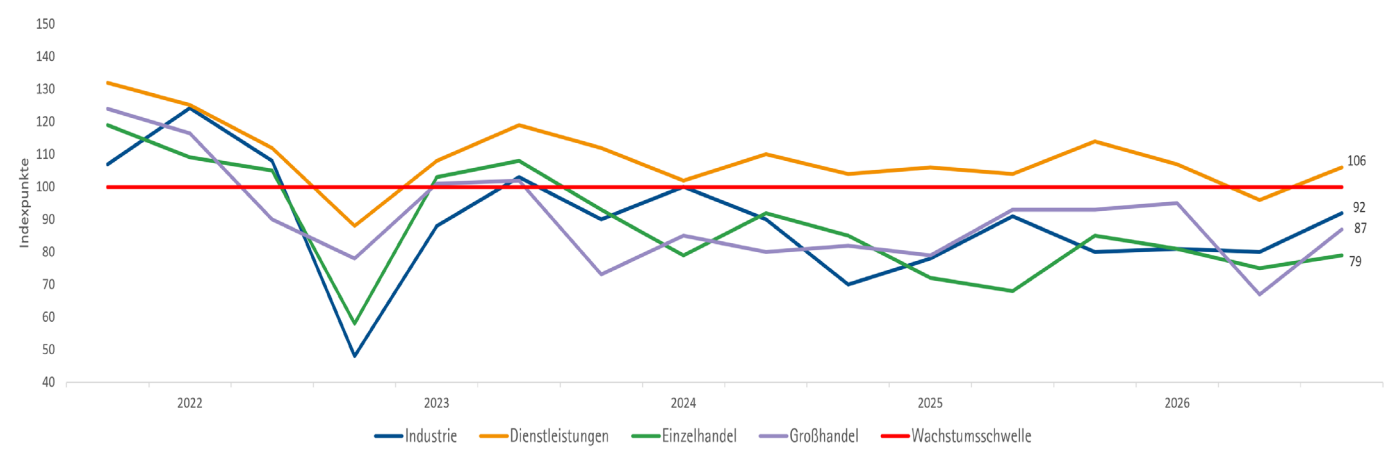
Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird von vielen Unternehmen vor allem mit Veränderungen von Tätigkeiten und steigenden Qualifizierungsanforderungen verbunden. Zwar nutzen 25 Prozent der Betriebe derzeit keine KI und planen dies vorerst auch nicht, gleichzeitig erwarten jedoch 42 Prozent einen steigenden Weiterbildungsbedarf in der Belegschaft und 39 Prozent deutlich veränderte Tätigkeitsprofile.

Die unmittelbaren Beschäftigungseffekte werden überwiegend kritisch eingeschätzt: 31 Prozent der Unternehmen rechnen mit einem sinkenden Personalbestand durch Automatisierung und Rationalisierung, während lediglich 7 Prozent von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten ausgehen. Besonders ausgeprägt ist diese Einschätzung in der Industrie, wo 42 Prozent einen Rückgang des Personalbestands erwarten. Im Dienstleistungssektor stehen vor allem der steigende Qualifizierungsbedarf (49 Prozent) und Veränderungen von Tätigkeitsprofilen (44 Prozent) im Vordergrund.

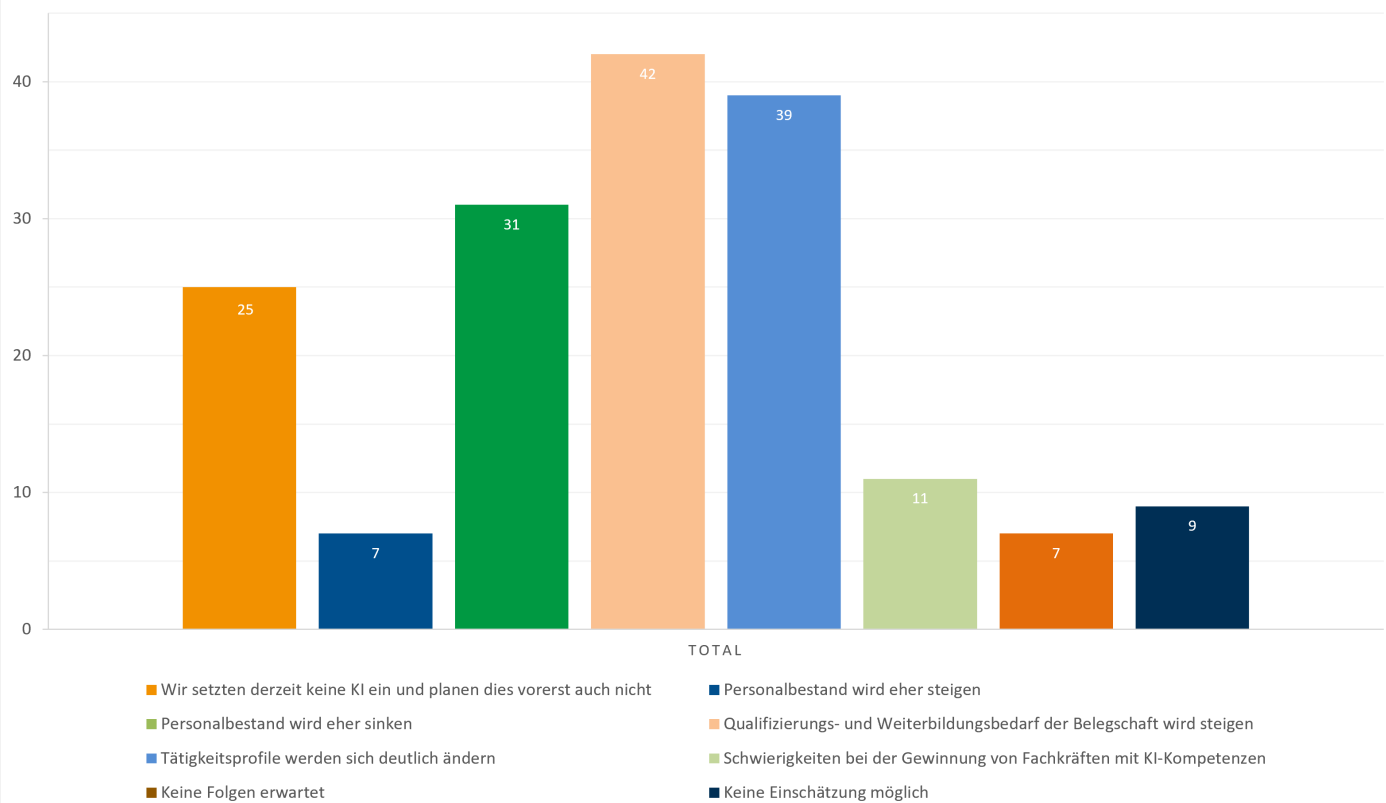
Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass KI aus Sicht der Unternehmen weniger neue Arbeitsplätze schafft, sondern vor allem bestehende Tätigkeiten verändert und höhere Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten stellt.



Branchenindizes



WELCHE ERWARTUNGEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG VERBINDEN SIE DERZEIT MIT DEM EINSATZ VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ (KI) IN IHREM UNTERNEHMEN?



Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen bleiben größtes Risiko

Die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** bleiben das größte Risiko für die Unternehmen im IHK-Bereich Wiesbaden. Mit 69 Prozent nennen so viele Betriebe diesen Faktor wie keinen anderen, drei Prozentpunkte weniger als in der Vorbefragung. Anhaltende politische und regulatorische Unsicherheiten, fehlende Reformimpulse sowie die angespannte geopolitische Lage belasten die Planungs- und Investitionssicherheit der Unternehmen.

Die **Inlandsnachfrage** bleibt ein zentraler Belastungsfaktor, verliert jedoch minimal an Gewicht. 61 Prozent der Unternehmen sehen sie als Geschäftsrisiko, ein Punkt weniger als zuvor. Die weiterhin schwache Konsum- und Investitionsbereitschaft bremst die wirtschaftliche Entwicklung spürbar. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen agieren zurückhaltend, was die konjunkturelle Dynamik hemmt und Erholungstendenzen verzögert.

Energie- und Rohstoffpreise haben gegenüber der Vorumfrage leicht an Bedeutung gewonnen. Inzwischen nennen 54 Prozent (+2) der Unternehmen steigende Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko. Damit bleibt die Kostenbelastung für viele Betriebe weiterhin ein relevantes Thema. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, sorgen weiterhin für Unsicherheit auf den Energie- und Rohstoffmärkten. Wie bereits bei der vorherigen Umfrage fiel auch diesmal ein „Tankrabatt“ in den Befragungszeitraum, der zumindest vorübergehend für Entlastung sorgte. Dennoch bleiben die Energie- und Rohstoffpreise auf einem hohen Niveau und stellen für viele Unternehmen weiterhin einen erheblichen Kostenfaktor dar. Die anhaltenden Preisschwankungen erschweren zudem die Planungssicherheit der Betriebe.

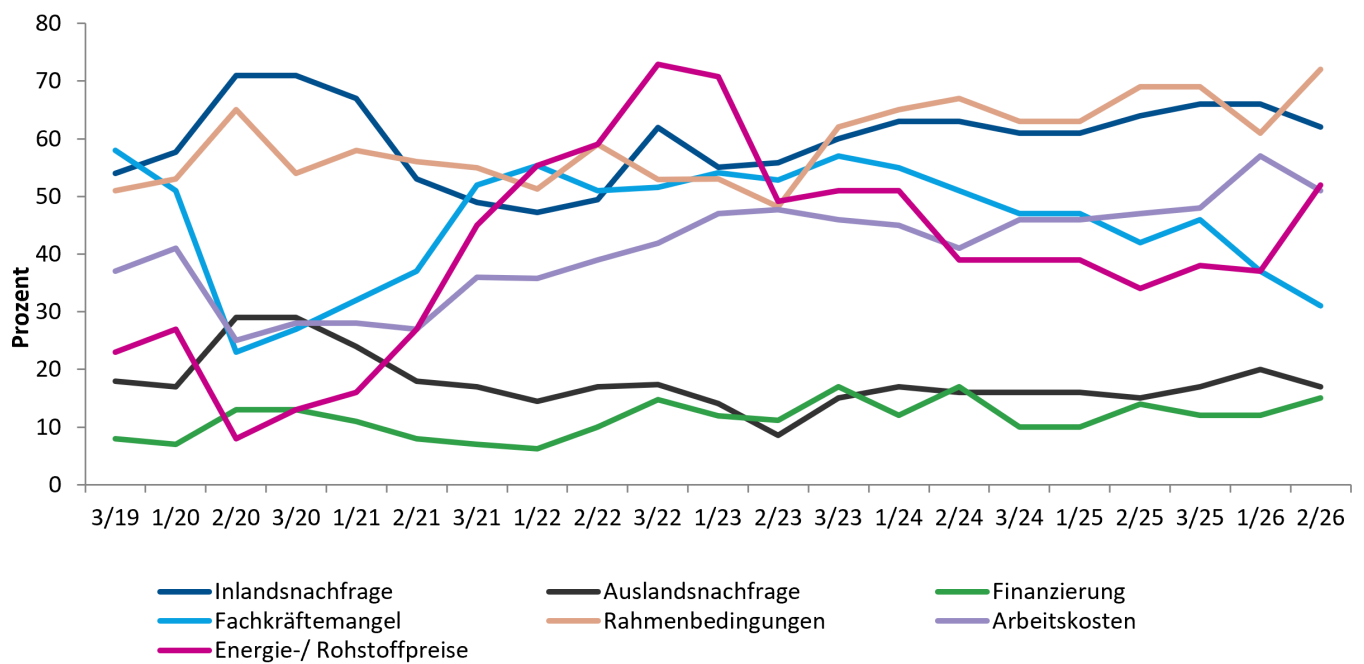
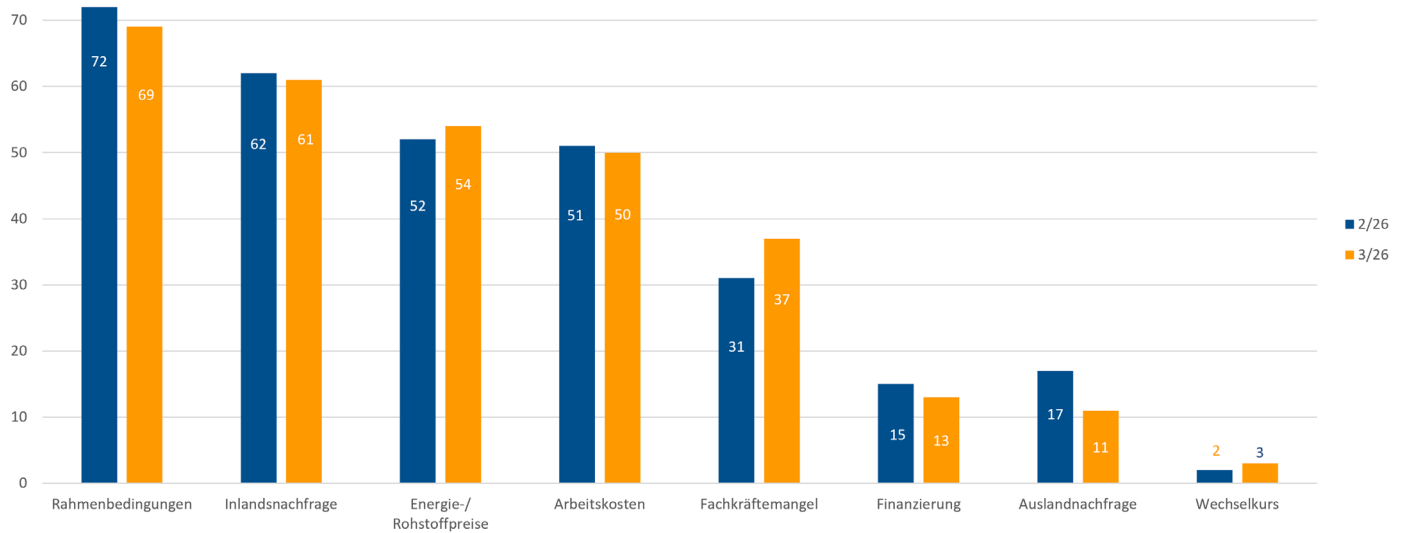
Auch die **Arbeitskosten** werden weiterhin als relevantes Geschäftsrisiko eingeschätzt. 50 Prozent der Unternehmen nennen diesen Faktor, nach 51 Prozent zuvor. Trotz des leichten Rückgangs bleibt der Kostendruck hoch, insbesondere für personalintensive Branchen. Steigende Löhne und Lohnnebenkosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit und engen die finanziellen Spielräume ein.

Der **Fachkräftemangel** gewinnt nach einem zwischenzeitlichen Rückgang wieder an Bedeutung. Mit 37 Prozent (+6) nennen ihn inzwischen wieder genauso viele Unternehmen als Geschäftsrisiko wie zu Jahresbeginn. Obwohl die Sorge zuletzt etwas nachgelassen hatte, bleibt die Sicherung qualifizierter Arbeits- und Fachkräfte für viele Betriebe eine zentrale Herausforderung. Insbesondere bei spezialisierten Tätigkeiten erschweren Fachkräftengpässe weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen.

Finanzierung, Auslandsnachfrage und Wechselkurse spielen für die Unternehmen weiterhin eine vergleichsweise geringe Rolle. Die **Finanzierungssituation** wird von 13 Prozent (-2) der Betriebe als Risiko genannt, die **Auslandsnachfrage** von 11 Prozent (-6) und das **Wechselkursrisiko** von 3 Prozent (+1) der Unternehmen.

Insgesamt sehen sich die Unternehmen weiterhin mit vielfältigen wirtschaftlichen Unsicherheiten konfrontiert. In den Freitextantworten äußern viele Betriebe Kritik an den politischen Rahmenbedingungen, insbesondere an hoher Bürokratie, fehlenden Reformen und mangelnder Planungssicherheit. Gleichzeitig belasten hohe Kosten, anhaltende geopolitische Spannungen sowie die daraus resultierende Unsicherheit die Unternehmen.

Größte Risikofaktoren



Neueinstellungen bleiben die Ausnahme

Die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen bleiben zurückhaltend. Der Erwartungssaldo verbessert sich zwar auf -7 Punkte (+8), bleibt jedoch von Personalabbau geprägt. Nur 13 Prozent (+5) der Unternehmen rechnen mit steigender Beschäftigung, während 20 Prozent (-3) einen Stellenabbau erwarten. Die Mehrheit von 67 (-2) Prozent geht von einer unveränderten Mitarbeiterzahl aus. Die Unternehmen agieren damit weiterhin vorsichtig und zurückhaltend bei Neueinstellungen, was auf eine anhaltend schwache wirtschaftliche Dynamik hindeutet.

Industrie: Der Saldo verbessert sich auf -7 Punkte (+18). 19 Prozent der Betriebe rechnen mit einem Stellenaufbau, 55 Prozent erwarten eine stabile Beschäftigungsentwicklung. Gleichzeitig plant jedoch weiterhin mehr als jedes vierte Unternehmen (26 Prozent) einen Personalabbau. Die Industrie bleibt damit bei Neueinstellungen zurückhaltend und setzt vor allem auf Bestandssicherung.

Dienstleistung: Die Beschäftigungserwartungen im Dienstleistungssektor bleiben verhalten. Der Saldo verbessert sich leicht auf -7 Punkte (+2). 12 Prozent (+1) der Unternehmen rechnen mit einem Beschäftigungsaufbau, während 19 Prozent (-1) einen Stellenabbau erwarten. Die Mehrheit von 69 Prozent (± 0) geht von einer konstanten Mitarbeiterzahl aus.

Einzelhandel: Die Beschäftigungserwartungen im Einzelhandel bleiben schwach. Der Saldo liegt mit -7 Punkten (+14) weiterhin im negativen Bereich. 13 Prozent (+6) der Händler rechnen mit einem Beschäftigungsaufbau, während 19 Prozent (-7) einen Stellenabbau erwarten. Die Mehrheit von 69 Prozent (+1) geht von einer unveränderten Mitarbeiterzahl aus.

Großhandel: Beschäftigungserwartungen im Großhandel bleiben deutlich im negativen Bereich. Der Saldo liegt bei -12 Punkten (+7). Lediglich 7 Prozent (+3) der Unternehmen rechnen mit einem Stellenaufbau, während 19 Prozent (-4) einen Beschäftigungsabbau erwarten. Die Mehrheit von 74 Prozent (+1) geht von

einer unveränderten Mitarbeiterzahl aus. Damit weist der Großhandel branchenübergreifend die schwächsten Beschäftigungserwartungen auf und bleibt das Schlusslicht bei den Personalplanungen.

Trotz der Verbesserung gegenüber dem Frühsommer liegen die Beschäftigungserwartungen weiterhin in allen Branchen im negativen Bereich. Eine dringend benötigte Trendwende ist nicht erkennbar. Neueinstellungen bleiben die Ausnahme, stattdessen sichern die Unternehmen ihre bestehenden Strukturen ab oder planen gezielt Personalabbau. Jedes fünfte Unternehmen plant Stellen zu streichen.

Was diese branchenspezifischen Erwartungen in der Praxis bedeuten, zeigt sich deutlich beim Blick auf die absoluten Arbeitsmarktzahlen in Wiesbaden und im Rheingau Taunus Kreis.

Zum Stand September 2026 stehen 4,9 Prozent Arbeitslosigkeit im Rheingau-Taunus-Kreis alarmierenden 8,2 Prozent in Wiesbaden gegenüber, das ist der vierthöchste Wert in Hessen. Während im Rheingau-Taunus-Kreis 5.036 Menschen arbeitslos gemeldet sind, sind es in Wiesbaden 13.367. Damit weist die Landeshauptstadt nicht nur die höchste Arbeitslosenquote im Bezirk auf, sondern rangiert hessenweit auf Platz vier der Städte und Kreise mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Lediglich Kassel, Offenbach und Hanau verzeichnen noch höhere Quoten.

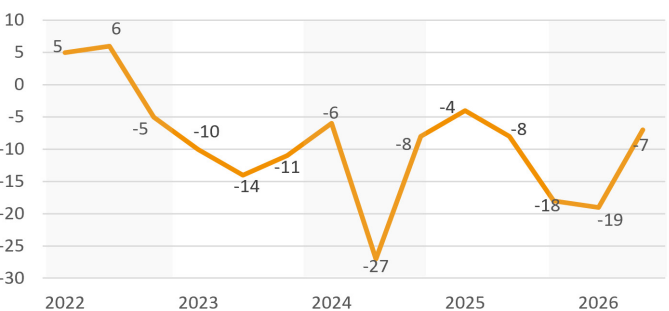
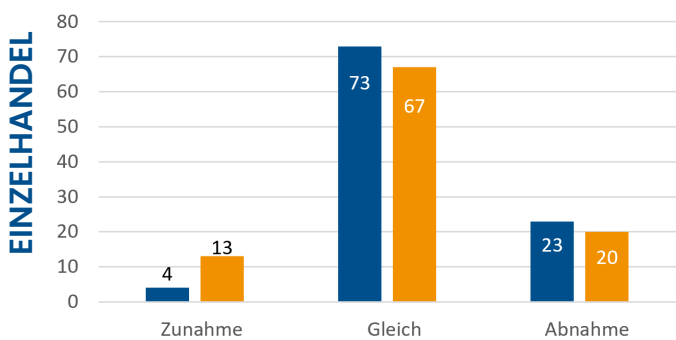
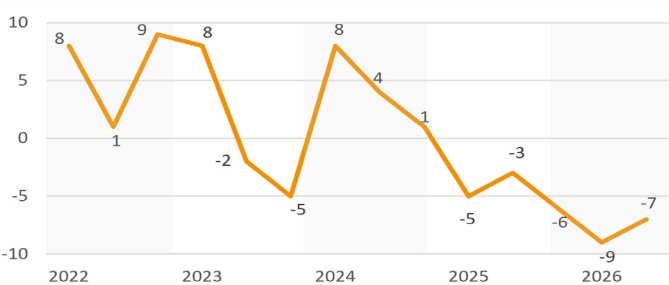
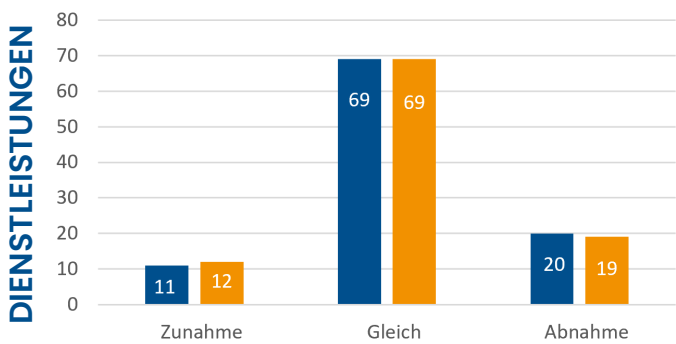
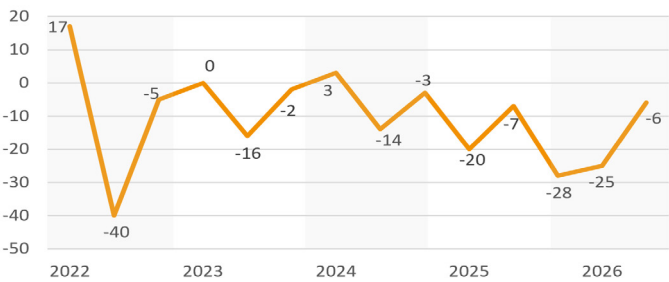
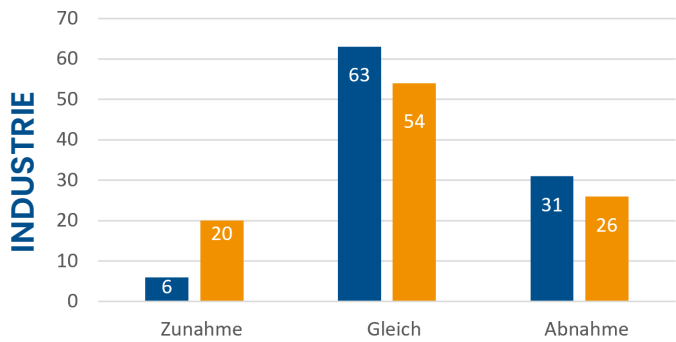
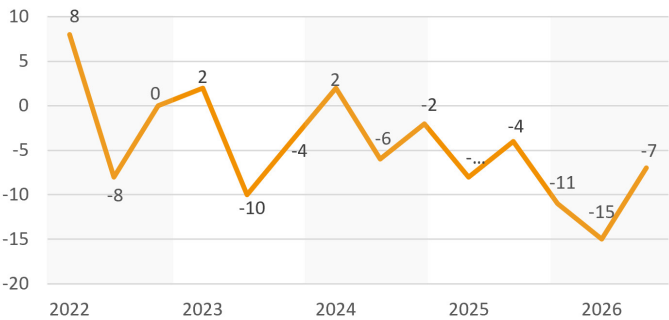
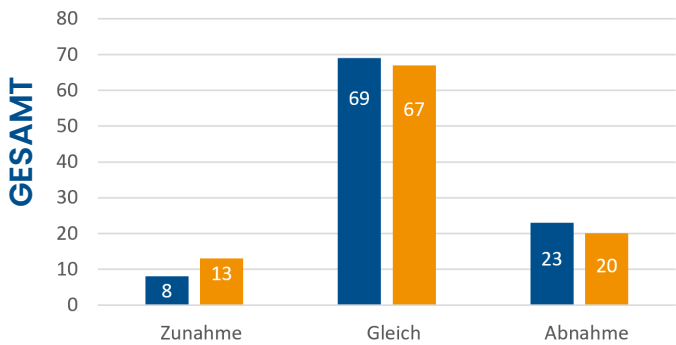
Die Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt zunehmend Anlass zur Sorge. Trotz einzelner Lichtblicke bleiben die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen überwiegend negativ und deuten auf eine anhaltend schwache Einstellungsbereitschaft hin. Vor dem Hintergrund dieser negativen Entwicklung in den vergangenen Monaten hat die IHK eine Sonderbefragung zum Thema Beschäftigung durchgeführt. Die Ergebnisse geben vertiefte Einblicke in die aktuelle Personalplanung der Unternehmen und können im Folgenden nachgelesen werden.



Beschäftigungspläne nach Branchen

in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent sind
Rundungen geschuldet

Saldo zwischen Zu- und Abnahme



Sonderauswertung Fachkräfte und Minijobs: Unternehmen suchen vor allem qualifizierte Fachkräfte

Der Fachkräftemangel bleibt für viele Unternehmen der Region eine Herausforderung, zeigt sich jedoch je nach Branche unterschiedlich stark. Insgesamt geben 30 Prozent der Unternehmen an, offene Stellen derzeit länger als zwei Monate nicht besetzen zu können, weil geeignete Arbeitskräfte fehlen. Für 25 Prozent stellt die Stellenbesetzung aktuell kein Problem dar, während 45 Prozent aufgrund fehlenden Personalbedarfs derzeit keine offenen Stellen haben.

Besonders ausgeprägt ist der Fachkräftemangel in der Industrie: 45 Prozent der Unternehmen berichten von längerfristig unbesetzten Stellen. Gleichzeitig geben nur 26 Prozent an, aktuell keinen Personalbedarf zu haben. Im Einzelhandel können 32 Prozent der Betriebe offene Stellen nicht besetzen, während mehr als die Hälfte (52 Prozent) derzeit keinen zusätzlichen Personalbedarf meldet. Im Dienstleistungssektor liegt der Anteil der Unternehmen mit Besetzungsproblemen bei 27 Prozent, im Großhandel bei 25 Prozent. In beiden Branchen überwiegt jedoch auch der Anteil der Betriebe ohne aktuellen Personalbedarf deutlich mit 49 beziehungsweise 54 Prozent.

Bei den Unternehmen mit Besetzungsproblemen werden insbesondere Fachkräfte mit höheren Qualifikationen gesucht. Insgesamt nennen 48 Prozent vakante Stellen für Fachwirte, Meister oder andere Weiterbildungsabschlüsse, gefolgt von Beschäftigten mit (Fach-) Hochschulabschluss (45 Prozent) sowie einer dualen Berufsausbildung (40 Prozent). Lediglich 27 Prozent suchen Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Besonders deutlich zeigt sich der Mangel an höherqualifizierten Fachkräften in der Industrie und im Großhandel. In der Industrie suchen 67 Prozent der betroffenen Unternehmen vergeblich nach Meistern, Fachwirten oder vergleichbar Qualifizierten. Im Großhandel liegt dieser Wert sogar bei 83 Prozent; ebenso häufig wer-

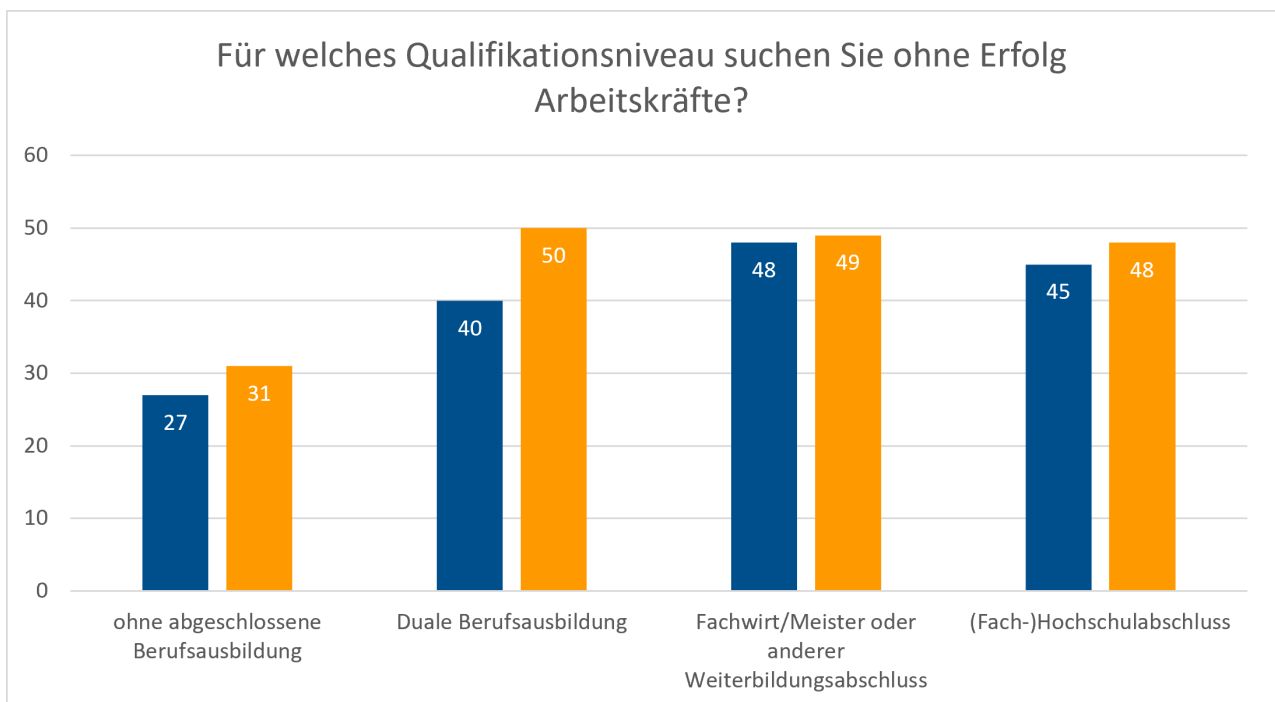
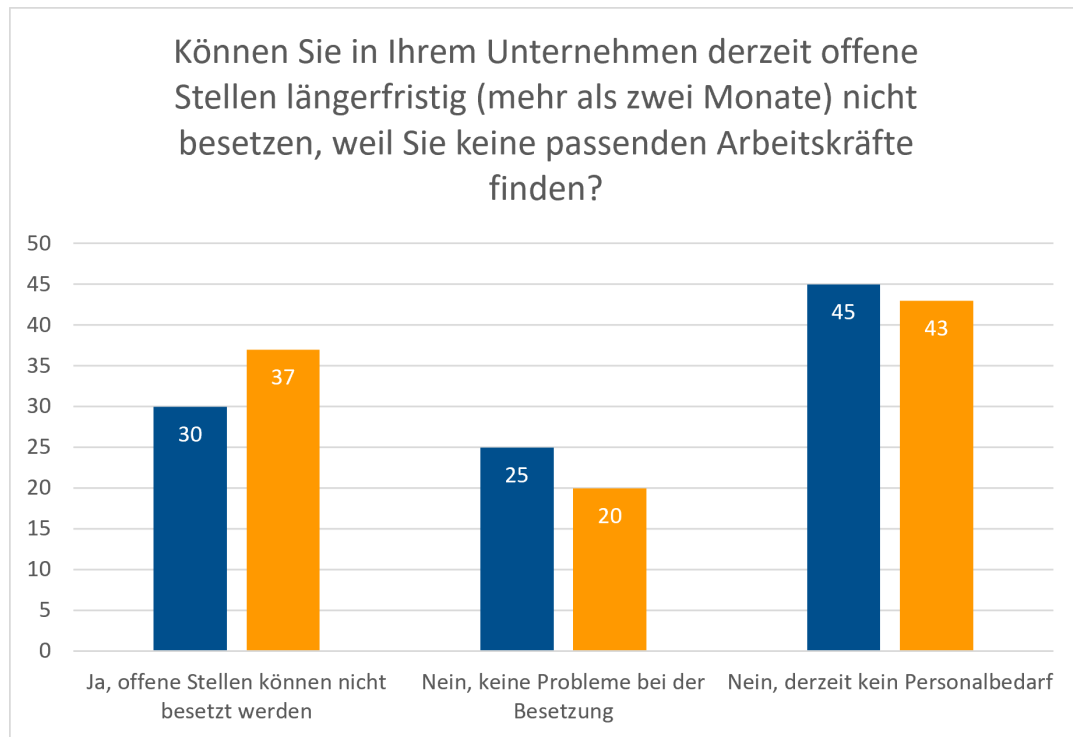
den dort Mitarbeitende mit (Fach-)Hochschulabschluss gesucht. Im Dienstleistungssektor stehen dagegen vor allem Fachkräfte mit dualer Berufsausbildung (50 Prozent) und Hochschulabschluss (47 Prozent im Fokus). Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Personalengpässe vor allem auf qualifizierte Fach- und Führungskräfte konzentrieren.

Bei der Bedeutung von Minijobberinnen und Minijobbern zeigt sich ein differenziertes Bild zwischen den einzelnen Branchen. Während der Einsatz von Minijobs in einigen Wirtschaftszweigen ein wichtiger Baustein der Personalplanung ist, spielt sie in anderen Bereichen nur eine untergeordnete Rolle.

Insgesamt stuft nur eine Minderheit der Unternehmen geringfügige Beschäftigung als zentral ein: Für 19 Prozent sind Minijobs sehr wichtig, für weitere 21 Prozent eher wichtig. Demgegenüber halten 43 Prozent sie für eher unwichtig, während 17 Prozent keine Minijobber beschäftigen oder dieser Beschäftigungsform keine Bedeutung beimessen.

Besonders wichtig sind Minijobberinnen und Minijobber im Einzelhandel. Dort bewerten 41 Prozent der Unternehmen sie als sehr wichtig und weitere 28 Prozent als eher wichtig. Damit spielen geringfügige Beschäftigungen für die Personalplanung des Handels eine deutlich größere Rolle als in allen anderen Branchen. In der Industrie sind Minijobs dagegen von untergeordneter Bedeutung: Nur 3 Prozent halten sie für sehr wichtig, während 58 Prozent sie als eher unwichtig einstufen. Auch im Großhandel und bei den Dienstleistern überwiegt die Einschätzung, dass Minijobs nur eine geringe Rolle spielen.

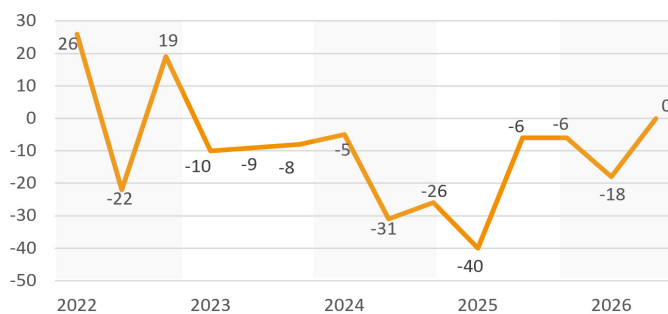
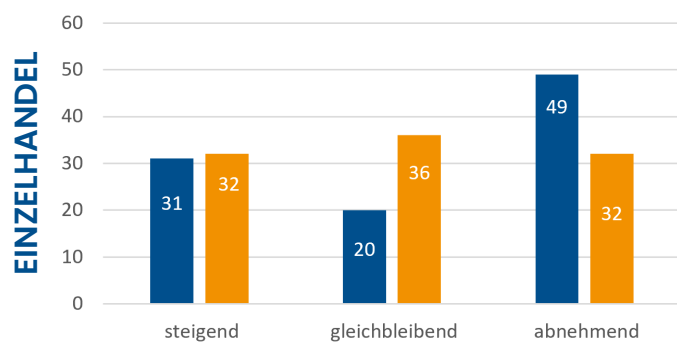
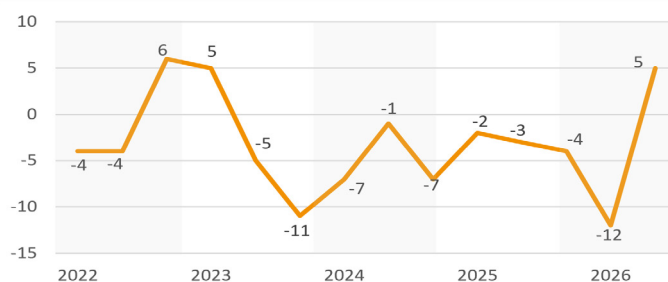
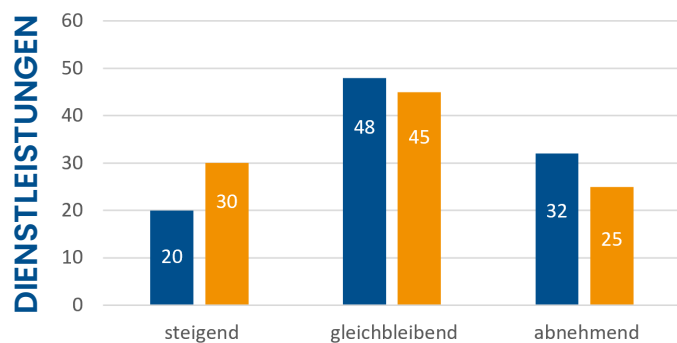
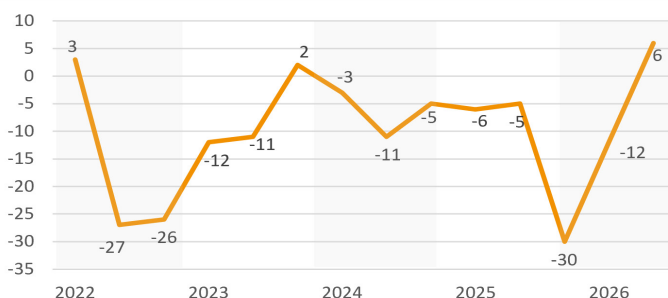
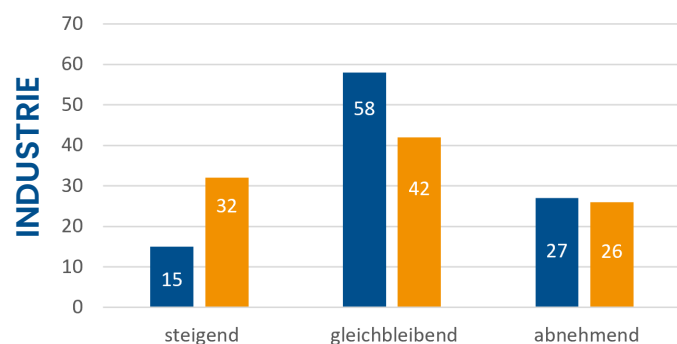
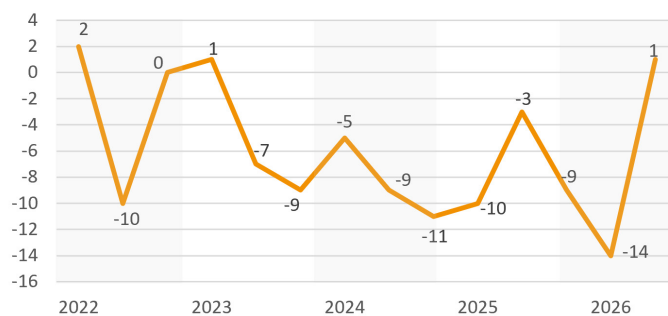
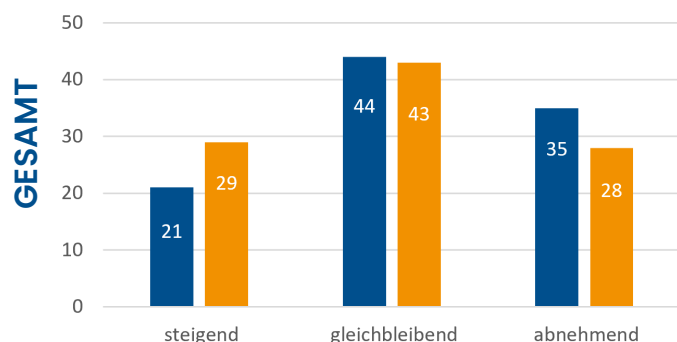
Die Ergebnisse sprechen dafür, dass geringfügige Beschäftigung insbesondere in Branchen mit einem hohen Bedarf an flexiblen Personaleinsätzen eine wichtige Rolle spielt.



Investitionsbereitschaft: Erstmals seit 2023 positiv

in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent sind Rundungen geschuldet

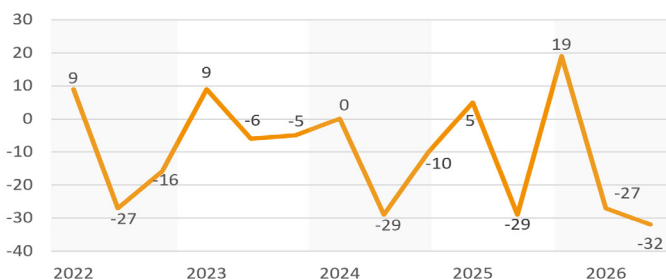
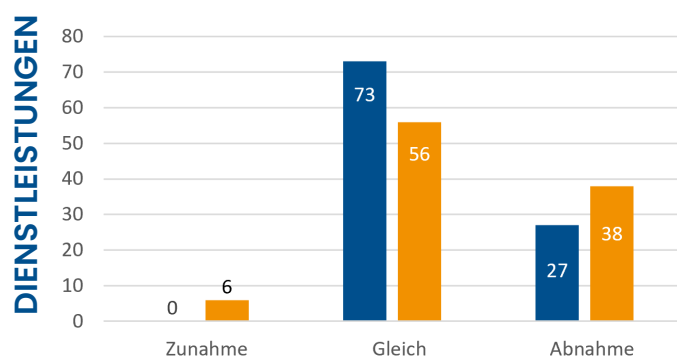
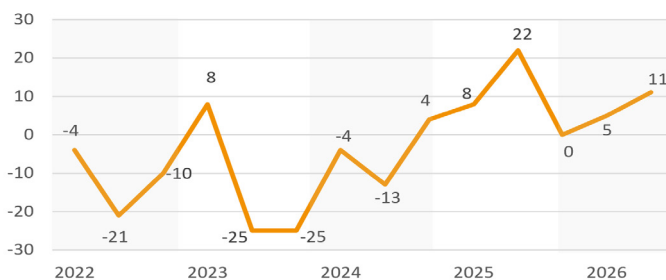
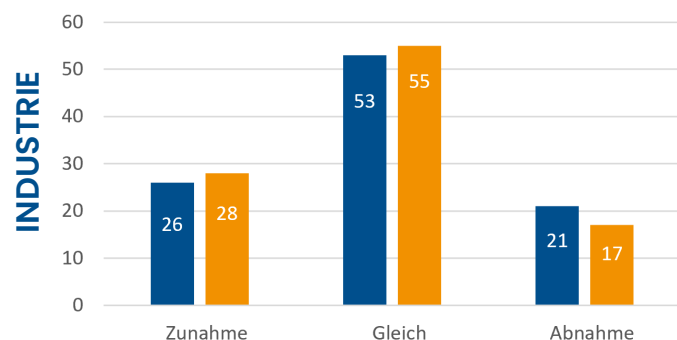
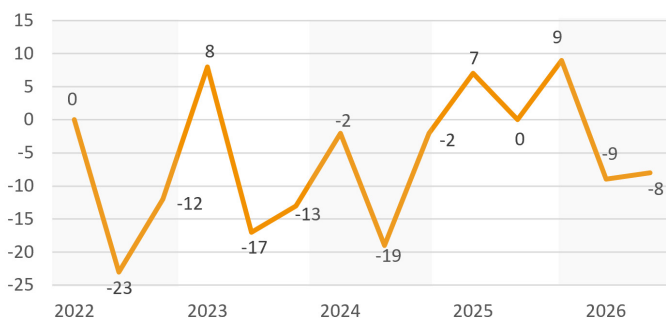
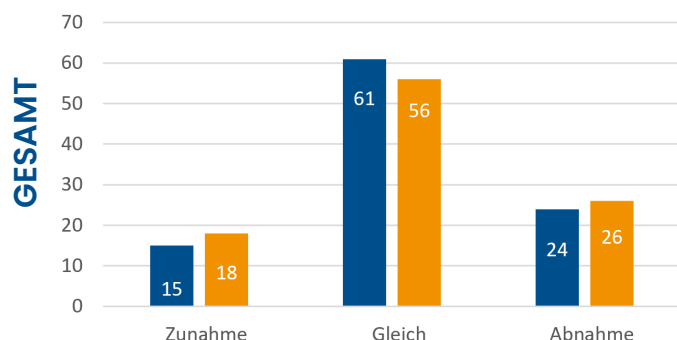
Saldo zwischen steigend und abnehmend



Exportenerwartungen: Verharren im negativen Bereich

in Prozent, Abweichungen von 100 Prozent sind Rundungen geschuldet

Saldo zwischen Zu- und Abnahme





Methodik

Drei Mal im Jahr befragt die Industrie- und Handelskammer Wiesbaden Mitgliedsunternehmen aller Branchen zur Wirtschaftslage.

Die Auswahl der befragten Unternehmen folgt der Wirtschaftsstruktur in Wiesbaden, im Rheingau-Taunus-Kreis und in Hochheim. Eine Gewichtung der Antworten nach Unternehmensgröße und Bedeutung der Branche stellt repräsentative Ergebnisse sicher.

Der Geschäftsklimaindex spiegelt den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft wider. Er wird aus dem Mittel der Antworten zur gegenwärtigen und erwarteten Geschäftslage berechnet. Der Klimaindikator kann Werte zwischen 0 und 200 Punkten annehmen. Die Wachstumsschwelle liegt beim Wert 100. Darüber ist ein zunehmendes Wachstum zu erwarten. Ein Wert unter 100 deutet auf ein ungünstiges Geschäftsklima hin.

Die Indizes für Exporterwartungen, Beschäftigungs- und Investitionspläne ergeben sich aus dem Saldo der jeweiligen positiven und negativen Antworten. Neutrale Aussagen werden nicht berücksichtigt.

Die Branche Industrie bezieht sich auf das Produzieren der Gewerbe (Industrie und Baugewerbe). Das Dienstleistungsgewerbe umfasst die Branchen Gastgewerbe, Verkehr, Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistungen, unternehmens- und personenbezogene Dienstleistungen.

Durch die Rundung summieren sich Prozentwerte ggf. nicht immer auf 100 Prozent. Dadurch kann der Wert insgesamt 100 Prozent über- oder unterschreiten.

So können Sie mitmachen!

Damit wir fundierte und repräsentative Aussagen über die regionale Wirtschaftslage treffen können, brauchen wir auch Ihre Einschätzung als Unternehmer:in!

Die Online-Befragung nimmt nur drei Minuten Ihrer Zeit in Anspruch. Themen sind die aktuelle Geschäftssituation, Geschäftserwartungen, Investitionsneigung, Export- und Personalpläne.

Den Konjunkturbericht mit den Umfrageergebnissen erhalten Sie auf Wunsch drei Mal im Jahr direkt in Ihr E-Mail-Postfach.

Noch nicht angemeldet?

www.ihk.de/wiesbaden/konjunkturumfrage



Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Wilhelmstraße 24-26
65183 Wiesbaden
www.ihk.de/wiesbaden

Ihre Ansprechpartner

Fabian Lauer
Tel. 0611 1500-126
f.lauer@wiesbaden.ihk.de

Pia-Luise Lütsch
Tel. 0611 1500-167
l.luetsch@wiesbaden.ihk.de

Illustration Titelseite: Adobe Stock - VZ_Art

